

Redebeitrag des Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE Stadtrat Brüning zur Aktuellen Debatte

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

wir haben es hier mit einem sehr schwierigen Thema zu tun. Auch erhebt sich die Frage, warum sich zu diesem Zeitpunkt und in diesem Zusammenhang der Stadtrat *in einer aktuellen Debatte* mit diesem Thema befasst. Das sage ich nicht aus Solidarität mit den Verantwortlichen in dem Heim, sondern ganz einfach unter dem Gesichtspunkt des Verantwortungsbewusstseins, dass wir alle an den Tag legen müssen, beim Umgang mit diesem Thema.

Wir alle haben im Dezember mit Erstaunen, Erschrecken und teilweise mit Wut im Bauch zur Kenntnis nehmen müssen, wie die ganze Verfahrensweise war. Da haben also Heimbewohner aus der Volksstimme erfahren, dass ihr Heim geschlossen wird, und dass sie Weihnachten bzw. das Jahresende dort nicht erleben sollen. Das ist natürlich etwas was von uns niemand nachvollziehen kann. Und ich will das auch nicht nachvollziehen.

Aber der Umgang miteinander, dass bei den Krisenberatungen des Oberbürgermeisters mit uns über die Verfahrensweise und über die Situation informiert wurde, ist unbestreitbar. Das ist richtig gewesen, aber es ist sekundär.

Die Frage, die tatsächlich zu beantworten ist: Wie ist es eigentlich zu dieser Schließungsverfügung gekommen? Frau Bröcker, Sie haben es zu Recht angesprochen. Musste es dazu kommen oder hätte es auch verhindert werden können? Das ist ein Führungsproblem. Das muss ich hier so sagen. Die Feststellung beschränkt sich nicht auf die Heimleitung und die Leitung des ehemaligen Betriebsausschusses. Mindestens diese Frage ist hier im Stadtrat zu beantworten. Haben wir die richtigen Regeln zur Führung der verantwortungsvollen Aufgabe des Betriebens des Pflegeheimes? Ich möchte niemandem Verantwortungslosigkeit oder Schlamperei also, bewusstes Ignorieren der gesetzlichen Regeln usw. vorwerfen. Aber es ist schließlich dazu gekommen, dass also gravierenden Fälle vorgefunden worden.

Die Umstände möchte meine Fraktion aufgeklärt wissen. Da sind die Umstände, die dazu geführt haben. Da sind die äußeren Faktoren, die objektiven, die für das Betreiben eines solchen Heimes gelten. Es geht aber auch um das, was der Stadtrat, der Betriebsausschuss, die Verwaltung zu verantworten haben. Hier muss ich einmal sagen, es ist schön zu hören, wenn die Beigeordnete sagt, sie hat angewiesen, dass alle Berichte *ihr* zugeleitet werden. Frau Bröcker, ich habe große Zweifel daran, dass der Betriebsausschuss und die Vorsitzende des Betriebsausschusses immer auf den gleichen Stand der Kenntnisse gewesen sind. Aus den Berichten geht hervor, dass habe ich mir von meinen Mitgliedern des Betriebsausschusses auch sagen lassen, dass nicht alles was dort angesprochen wurde, im Betriebsausschuss ausgewertet oder zur Sprache gebracht worden ist. Daher ergibt sich schon die Frage: Wie wird hier selektiert? Wer ist dafür zuständig.

Ein Beispiel, das hier im Stadtrat deutlich geworden ist, es gilt das Eigenbetriebsgesetz für das Land Sachsen-Anhalt. Völlig klar. Vor einem Jahr hatten wir den Sturm Kyrill und da gab es erhebliche Fragen im Stadtrat dazu, wie die Information über Vorfälle in den Einrichtungen der Stadt gehandhabt wurde und warum die Ausschüsse der Stadtrat nicht informiert worden sind. Hier wurde dem Stadtrat erklärt, die Vorsitzende des Betriebsausschusses sei informiert und damit sind alle Rechtsverpflichtungen eingehalten worden.

Und nun kann man sich also streiten, ob es ausreicht den Rechtsverpflichtungen zu genügen oder ob wir hier unserer kommunalen Verantwortung gerecht werden wollen. Wir sind der Auffassung, dass die Pflegeheime, die Altenwohnheime in Magdeburg zu unserer Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge gehören. Da wollen wir keine Luft ranlassen. Es ist ein Markt da. Magdeburgs Bevölkerung wird immer älter und da haben private Unternehmer in diesem Bereich sich vorgenommen, diesen Markt für sich zu erschließen.

Die Stadt hat die große Verantwortung eines Regulativs. Wir möchten nicht, dass alten Menschen so zu sagen gesagt wird, der Markt entscheidet, ob ihr euch es leisten könnt in Zukunft noch in ein Heim zu gehen oder nicht. Es ist heute schon schwer genug. Und von uns hängt an dieser Stelle in der Zukunft sehr viel ab.

Es darf sich so etwas nicht wiederholen. Die kommunalen Einrichtungen müssen vorbildlich sein. Sie müssen die Maßstäbe setzen, das ist unser Anspruch und dafür müssen auch alle Mittel eingesetzt werden, die hier uns zur Verfügung stehen. Und wenn sie nicht zur Verfügung stehen, bedingt durch die Regeln, welche die Kassen im Zusammenhang mit dem aufstellen, was sie bezahlen und ähnlichem, dann müssen wir dagegen ankämpfen.

Wir können es uns nicht erlauben, dass sich ähnliche Vorfälle sagen wiederholen. Deshalb müssen wir auch über die Schlussfolgerung reden. Wir halten es für angebracht eine Diskussion in dem neuen Aufsichtsrat zu führen. Der Stadtrat muss sich mit diesen Fragen als Gesellschafter befassen. Nicht die Gesellschafterversammlung, die muss dann sicherlich auch Entscheidungen treffen. Wir wollen die Vorgänge und Konsequenzen auf der Stadtratsebene behandelt wissen, bis alles geklärt ist.

Und wir wollen auch wissen, dass in dem neuen Betrieb für die notwendige gute Atmosphäre gesorgt wird. Die Aufgabe gehört dazu. Wir brauchen motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und zum gewärtigen Zeitpunkt wird viel getan, dass sie demotiviert werden. Damit muss Schluss sein. Also, unsere Fraktion verlangt eine Aufklärung durch die Verwaltung. Diese ist dafür zuständig. Wir verlangen eine qualifizierte Debatte und verantwortungsbewusste Entscheidungen, die uns auf diesem Gebiet voran bringen. Das ist unsere Auffassung. Wir müssen die Tür nach vorn aufmachen und uns nicht davon treiben lassen, welche personellen disziplinarischen Schlussfolgerungen, die auch berücksichtigt werden müssen, jetzt angebracht sind. Das wird zu einem viel späteren Zeitpunkt feststehen.

Danke.